

# DER LANDTAG

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

155/2002

Kiel, 11. November 2002

### **Vorschau auf die 27. Tagung des Landtages vom 13. bis 15. November 2002: Nachrücker Joachim Wagner (CDU) wird vereidigt**

KIEL (SHL) – Am Mittwoch, 13. November, startet der Landtag mit seiner nächsten Tagung, die bis Freitag Mittag dauern wird. Zu Beginn wird ein neuer Abgeordneter vereidigt: Joachim Wagner (CDU) rückt für den in den Bundestag gewählten Gero Storjohann (CDU) nach.

Anschließend geht es dann eine Stunde lang um **mittelstandsfreundliche Politik**. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben dazu einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2238), worin die Bundesregierung aufgefordert wird, „die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft nachhaltig zu steigern“. Dazu sollen unter anderem verbesserte Refinanzierungsmöglichkeiten für Wagniskapitalfinanzierungen sowie eine Begrenzung der Lohnnebenkosten beitragen.

Eine zügigere **Modernisierung der Bahnhöfe** in Schleswig-Holstein fordern die Regierungskoalitionen von der Deutschen Bahn AG (Drs. 15/2189) und bitten die Landesregierung, sich dafür einzusetzen.

Danach wird ein interfraktioneller Antrag debattiert. Es geht um die **Stellung der Kirchen innerhalb einer künftigen europäischen Verfassungs- und Kompetenzordnung** (Drs. 15/2234). Darin wird „die wichtige Aufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Begründung einer gemeinsamen europäischen Wertegemeinschaft“ hervorgehoben.

Nächstes Thema ist die **Landesförderung der Kinderbetreuung**. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern in einem Antrag dazu

(Drs. 15/2273), diese transparent und gerecht zu gestalten. Unter anderem sollen Anreize für die „gezielte Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund“ gesetzt werden. Gemeinsame Fördergrundsätze sollen von der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart werden.

Die **Entzerrung der bundesweiten Sommerferientermine** ist der CDU-Fraktion ein Anliegen (Drs. 15/2240), um die Tourismusbranche zu stärken. Die Landesregierung soll sich in der Kultusministerkonferenz dafür stark machen, ab 2005 eine Verteilung der Sommerferien von Ende Juni bis Mitte September vorzunehmen.

Erstes Thema am Nachmittag ist dann die Änderung des Abgeordnetengesetzes, die in der vergangenen Woche für Diskussionsstoff sorgte: Es geht um die Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten, kurz: der **Diäten**. Der Landtagspräsident hat dazu einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2217), in dem er vorschlägt, die Diäten sowie die Funktionszulagen rückwirkend für die Jahre 2001 und 2002 um insgesamt 5,7% anzuheben. Die Mitarbeiterkostenerstattung soll zudem um 1,7% angehoben werden.

Anschließend geht es um die Zukunft der **Landeszentrale für politische Bildung**. Dazu hat die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2243), in dem sie die „Neustrukturierung der Landeszentrale als landeseigener Betrieb unter dem Dach und der Führung der Volkshochschulen“ ablehnt. Zudem gefährde die geplante Fachaufsicht durch das Ministerium die Unabhängigkeit dieser Institution. Die **Zusammenführung der Qualitätszeichen** im Agrarbereich fordert die VDU in einem weiteren Antrag (Drs. 15/2244), der anschließend beraten wird.

Danach befasst sich das Parlament mit dem **Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung**. Hierzu hatte die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/1916), den der Sozialausschuss beraten hat. Er empfiehlt dem Landtag nun, von der Landesregierung Ende nächsten Jahres einen Erfahrungsbericht zu ihren konzeptionellen Überlegungen zu erbitten.

Die **Gütesiegel in der Holzwirtschaft** sind das nächste Thema der Beratungen. Die Landesregierung hat dazu einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2140). Darin kommt sie zu dem Schluss, dass von den beiden vorhandenen Gütesiegeln FSC (Forest Stewardship Council) und

PEFC (Pan-European-Forest-Certification) lediglich das erstgenannte die Mindestanforderungen zur Umsetzung einer „umweltgerechten, sozial verträglichen und langfristig ertragreichen Forstwirtschaft“ erfüllen.

Ein weiterer Bericht der Landesregierung befasst sich mit der **Erfassung und Bewertung von Altlasten in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/2141). Darin geht es um die Erfassung, Bewertung und Sanierung von möglicherweise verseuchten Flächen.

Am **Donnerstag, 14. November**, geht es zu Beginn um die **Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes**. Die Regierungsfractionen haben die Regierung gebeten, in der aktuellen Sitzung über den Stand der Vorkehrungen zu berichten (Drs. 15/2236). In Erster Lesung wird zudem der **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes** (Drs. 15/2220) beraten, den die Landesregierung vorgelegt hat. Dieses Gesetz wird den Vorgaben des Bundes im Zuwanderungsgesetz angepasst.

Nächstes Thema im Landtag ist die **Verbesserung des Tierschutzes**. Hierzu liegt ein Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1942) sowie ein Änderungsantrag der FDP (Drs. 15/1975) vor. Die Regierungsfractionen fordern unter anderem die Einführung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände. Einmal in jeder Wahlperiode soll die Landesregierung zudem einen „Tierschutzbericht Schleswig-Holstein“ vorlegen. Ein „Konzept zur Erfassung und Dokumentation von Tiertransportkontrollen“ sowie dessen Umsetzung fordert die FDP unter anderem und erinnert die Landesregierung damit an eigene Ankündigungen.

Die **Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung** stehen im Mittelpunkt der anschließenden Debatte. Dazu hatte die Landesregierung dem Parlament berichtet (Drs. 15/1937). Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt – gemeinsam mit dem Umweltausschuss – einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen (Drs. 15/2146).

Ein weiterer Bericht der Landesregierung befasst sich mit der **Entwicklung des Halligprogramms** (Drs. 15/2150). Hintergrund ist eine Festlegung der Europäischen Kommission, gemäß der sei 1.1.2002 auch halligfremde landwirtschaftliche Betriebe Fördermittel erhalten können, wenn sie Land auf einer Hallig kaufen und bewirtschaften. Die Landesregierung sieht hierin eine

Gefährdung der Existenz der halligansässigen Betriebe und will eine Revidierung der Entscheidung erreichen.

Am Nachmittag steht zunächst die **Baukultur in Schleswig-Holstein** im Mittelpunkt der Beratungen. Hierzu hat die Landesregierung eine Große Anfrage der SPD-Fraktion beantwortet (Drs. 15/2221). Dabei geht es um verschiedene Förderprogramme sowie um Raum-, Stadt- und Ortsplanung in Schleswig-Holstein.

Das **Luftverkehrskonzept für Schleswig-Holstein** steht als nächstes auf der Tagesordnung. Die Landesregierung hat dazu einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2152), in dem sie über die Ziele der schleswig-holsteinischen Luftverkehrspolitik Auskunft gibt.

Mit der **Unterrichtsversorgung und der Lehrerbildung im Fach Musik** befasst sich ein weiterer Regierungsbericht (Drs. 15/2223). Darin betont die Landesregierung, dass sich derzeit eine Art konzertherte Aktion im Lande formiere, „um angesichts vorhandener, aber bislang nicht koordinierter Ressourcen größtmögliche Synergie-Effekte zu erzielen.“ Gemeint ist nicht zuletzt die Kooperation zwischen Kreismusikschulen und allgemeinbildenden Schulen, über die eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden soll.

Danach berichtet die Regierung über die **europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) in der Arbeitsmarktpolitik des Landes** (Drs. 15/2231). Darin betont sie die Bedeutung der EBS und insbesondere des Europäischen Sozialfonds für die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein.

Nächstes Thema ist die **grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitspolitik**. Die Landesregierung berichtet darüber (Drs. 15/2232) und kündigt an, Modellprojekte zur grenzüberschreitenden Versorgung von Patientinnen und Patienten zu fördern. Das EU-Aktionsprogramm *Öffentliche Gesundheit 2003 – 2008* soll genutzt werden, um die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zu verbessern.

Letztes Thema am Donnerstag ist der **Statistische Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2001**, der von der Landesregierung vorgelegt wurde (Drs. 15/2233). Der vom Institut für Regionalforschung der Universität Kiel erstellte Bericht gibt unter anderem Auskunft über die Arbeitsplatzentwicklung bis Ende 2001 sowie zur Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Am **Freitag, 15. November 2002**, beginnt der Landtag mit einer **Aktuellen Stunde** zum Thema **Auswirkungen der November-Steuerschätzung auf die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein**. Die Aktuelle Stunde ist von der CDU-Fraktion beantragt worden.

Danach geht es um die **Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der Europäischen Union**. Hierzu haben SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2235). Darin fordern sie nicht zuletzt eine Korrektur der Zusammensetzung des Ausschusses. Sie soll sich künftig an der Einwohnerzahl der Mitgliedsstaaten orientieren. Zudem soll den Regionen ein Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof eingeräumt werden, damit sie ihre Rechte und Zuständigkeiten wahren können.

Letztes Thema der Landtagssitzung ist die **Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**. Der Gesetzentwurf der Landesregierung dazu (Drs. 15/2074) soll auf der Grundlage einer Dringlichkeitsvorlage aus dem Sozialausschuss in Zweiter Lesung beschlossen werden.

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

<b>TOP</b>		Berichterstattung
2	Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken (Drs. 15/2178)	5
3	Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus der Sportwet- te (Drs. 15/2225)	5
4 u. 35	Landesvergabegesetz und Änderung des Gesetzes gegen Wett- bewerbsbeschränkungen (Drs. 15/2228 und 2229)	5
5	Landessicherheitsüberprüfungsgesetz (Drs. 15/2202)	-
6	Gesetz zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (Drs. 15/2218)	-
8	Änderung des Brandschutzgesetzes (Drs. 15/2230)	-
12	Umbesetzung im Richterwahlausschuss (Drs. 15/2206)	-
20	Frauengesundheitsbericht (Drs. 15/2239)	-
22	Kindergesundheitsbericht (Drs. 15/2241)	-
23	Einführung des Fallpauschalsystems an Krankenhäusern (Drs. 15/2242)	-
32	Haushaltsrechnung 2000 und Bemerkungen 2002 des Landes- rechnungshofs (Drs. 15/2209)	5







## Reihenfolge der Beratung der 27. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl.Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 13. November 2002</b>			
<b>19</b>	<b>Mittelstandsfreundliche Politik</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
14	Bahnstationsmodernisierung	30	11:00
15	Stellung der Kirchen innerhalb einer künftigen europäischen Verfassungs- und Kompetenzordnung	30	11:30
18	Landesförderung für Kinderbetreuung	30	12:00
21	Entzerrung der bundesweiten Sommerferientermine	30	12:30
9 u.33	Änderung des Abgeordnetengesetzes und Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung	35	15:00
24	Landeszentrale für politische Bildung	30	15:35
25	Zusammenführung von Qualitätszeichen	30	16:05
26	Schutz junger Menschen vor Verschuldung	35	16:35
27	Gütesiegel in der Holzwirtschaft	30	17:10
28	Erfassung und Bewertung von Altlasten	30	17:40
<b>Donnerstag, 14. November 2002</b>			
<b>7 u. 17</b>	<b>Änderung des Landesaufnahmegesetzes und Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
13	Verbesserung des Tierschutzes	60	11:00
29	Planungen für eine feste Fehmarnbeltquerung	35	12:00
30	Entwicklung des Halligprogramms	30	12:35
<b>11</b>	<b>Baukultur in Schleswig-Holstein</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>
31	Luftverkehrskonzept	30	15:35
34	Unterrichtsversorgung u. Lehrerbildung im Fach Musik	30	16:05
36	Europäische Beschäftigungsstrategie i	30	16:35
37	Grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitspolitik	30	17:05
38	Statistischer Arbeitsmarktbericht	30	17:35
<b>Freitag, 15. November 2002</b>			

<b>TOP</b>		<b>ange- meldete Redezeit</b>	<b>Voraus- sichtl.Beginn der Beratung</b>
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
16	Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der EU	30	11:30
4 a	<b>Dringlichkeitsvorlage *)</b> aus dem Sozialausschuss: <b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2074 –	35	?

\*) Die Dringlichkeit und der Zeitpunkt des Aufrufs müssen noch durch das Plenum festgestellt werden.

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsterbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119  
 V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de  
 Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter [www.parlanet.de/pressticker](http://www.parlanet.de/pressticker)